

Bündnis „ÖPNV braucht Zukunft“ fordert: Dauerhaft günstiges Fahren und mehr Geld für den Ausbau von Bus & Bahn

Ein Bündnis aus Gewerkschaften und Umweltverbänden fordert langfristige Konsequenzen aus dem 9-Euro-Ticket. Dessen massenhafte Nutzung zeigt den hohen Bedarf an bezahlbaren Bus- und Bahnverbindungen und zugleich die Vorzüge eines einfachen Tickets, das ohne einen Tarif-Dschungel aus den Gültigkeitsbereichen zahlloser Verkehrsverbände auskommt. Dem Bündnis „ÖPNV braucht Zukunft“ gehört auch die EVG an.



Viele Menschen steigen jetzt vom Auto auf den öffentlichen Verkehr um, für Fahrten zum Arbeitsplatz wie für Ausflüge am Wochenende. Auch wer wenig Geld hat, ist mit dem 9-Euro-Ticket mobil. Die hohe Nachfrage bringt den

ÖPNV jedoch auch an seine Kapazitätsgrenzen – und läuft überall dort ins Leere, wo faktisch weder Bus noch Bahn fährt. Weder die Infrastruktur noch das Angebot sind der Nachfrage gewachsen.

Das Bündnis „ÖPNV braucht Zukunft“ fordert Bund und Länder auf, umzulenken: Das Angebot im öffentlichen Verkehr muss besser und barrierefrei werden, damit mehr Menschen dauerhaft das Auto stehenlassen und auf Bahn & Bus umsteigen. Außerdem brauchen wir ein einfaches und günstiges Preissystem.

Der Stellvertretende EVG-Vorsitzende Martin Burkert betont: „Es ist jetzt wichtig, dauerhaft mehr Geld für den gesamten ÖPNV und dessen Ausbau bereitzustellen. Denn es muss mehr Personal eingestellt werden, die Infrastruktur ausgebaut und neue Fahrzeuge angeschafft werden. All das kann nicht über Nacht passieren. Aber nur so wird man die notwendigen Kapazitäten für die Verkehrsverlagerung auf den ÖPNV erreichen können - die auch im aktuellen Koalitionsvertrag vereinbart ist. Natürlich muss der ÖPNV auch preislich attraktiv sein. Nur beides zusammen wird den ÖPNV voranbringen.“

Die Verkehrsministerkonferenz hat letztes Jahr das Ziel ausgegeben, die Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030 zu verdoppeln. Das kann nur gelingen, wenn das Angebot – vor allem auf dem Land – schnell ausgebaut wird und Bund und Länder ausreichend Geld zur Verfügung stellen: Für ein dichteres Schienennetz, mehr Bus- und Bahnverbindungen, moderne Fahrzeuge, eine leistungsfähige Infrastruktur und ausreichend neues Personal zu attraktiven Arbeitsbedingungen. Nach Ansicht des Bündnisses kostet das jährlich zehn bis zwölf Milliarden Euro. Hinzu kämen die Kosten für ein einfaches und erschwingliches Tarifsysteem - klar, dass die Kommunen, die den ÖPNV heute weitgehend finanzieren, das nicht allein tragen können.

Bund und Länder haben angekündigt, in einem „Ausbau- und Modernisierungspakt“ bis Herbst 2022 konkrete Vorschläge zur Finanzierung des ÖPNV-Ausbaus vorzulegen. Das Bündnis erwartet, dass dann die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden – für den Ausbau des ÖPNV wie für ein günstiges Preissystem. Angesichts der drohenden Klimakatastrophe bleibt keine Zeit mehr, Zuständigkeiten und Verantwortungen hin- und herzuschieben.

Im Bündnis „ÖPNV braucht Zukunft“ engagieren sich: Fridays for Future Germany, ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Ökologischer Verkehrsclub VCD, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), BUNDjugend, attac, NaturFreunde Deutschlands, Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), Changing Cities e.V., Robin Wood